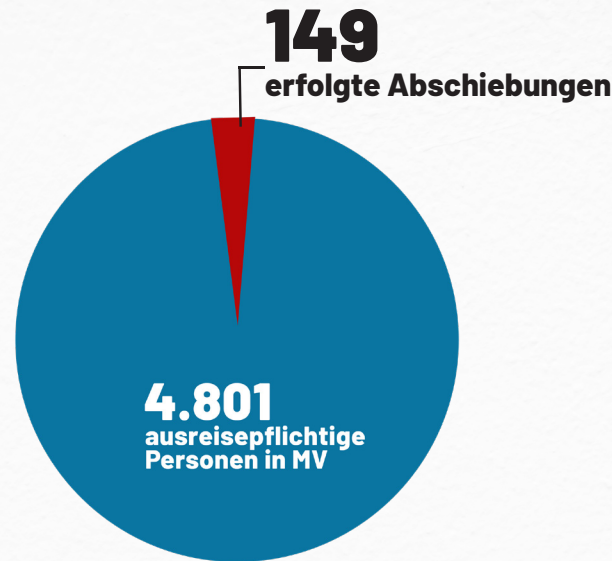
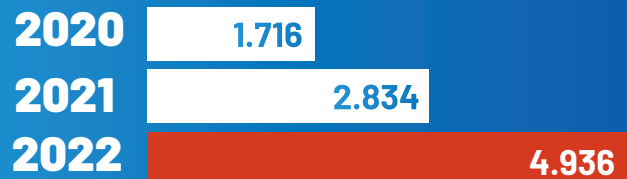


Aufnahmestopp für MV durchsetzen

Überlastete Kommunen, steigende Kriminalität und verärgerte Bürger. Die Einschläge der Migrationskrise treffen auch Mecklenburg-Vorpommern immer härter. Anstatt Realitäten wie den fehlenden Platz und die mangelnde soziale Infrastruktur anzuerkennen, sollen in beschaulichen Orten wie Upahl riesige Containerdörfer für bis zu 400 Personen in einem 500-Einwohner-Dorf hochgezogen werden. Dies birgt gesellschaftlichen Sprengstoff, erzeugt emotionalen Druck und folglich Sorge bei der lokalen Bevölkerung, die bei all diesen Beschlüssen stets übergangen und weitgehend ignoriert wird.

Auf der politischen Ebene ist ein zuweilen unwürdiges Wegschieben und Verweisen von Verantwortlichkeiten entstanden. SPD-Innenminister Christian Pegel zeigt sich nur als machtloser Verwalter eines völlig aus der Bahn geratenen Asylchaos. Er will uns weismachen, dass ihm durch die Bundesregierung die Hände gebunden seien. Dabei trägt der Innenminister nicht nur eine administrative, sondern auch die politische Verantwortung und könnte sich im Bundesrat gemeinsam mit Manuela Schwesig durchaus für einen Aufnahmestopp und konsequente Grenzkontrollen in unserem Land stark machen.

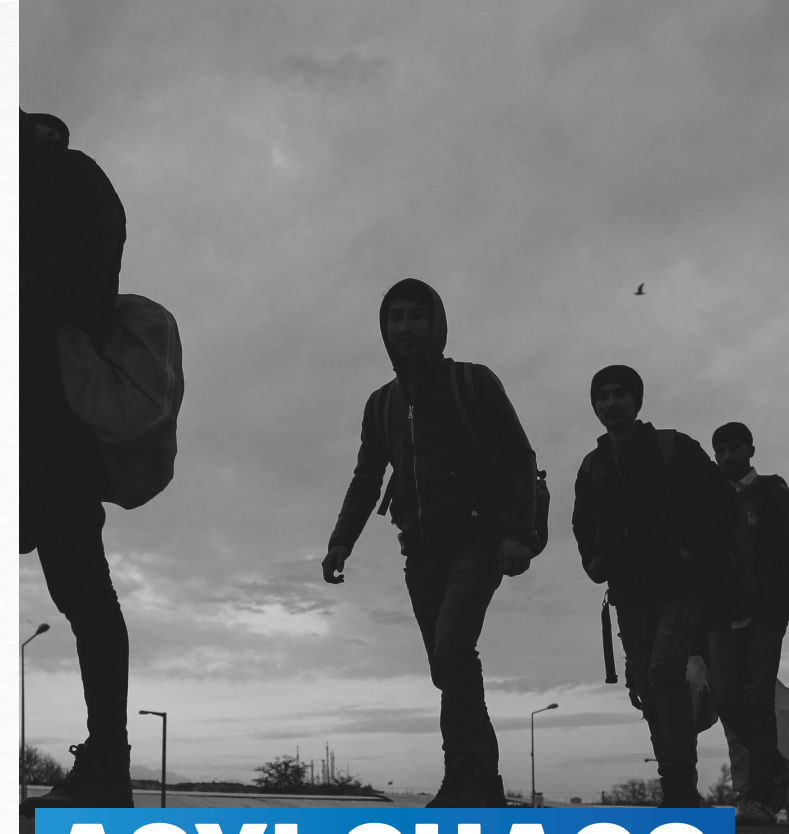
Entwicklung der Asylantragszahlen in Mecklenburg-Vorpommern



Abschiebungen konsequent vollziehen

Die Zahlen zeigen, dass sich die derzeitige Entwicklung schon bald noch weiter verschärfen kann. Die illegalen Grenzübertritte haben sich innerhalb der letzten Jahre verdreifacht. Über 4.800 Personen waren Ende 2022 ausreisepflichtig, werden aber praktisch nicht abgeschoben. In unserem Bundesland hält sich also eine ganze Kleinstadt von Menschen illegal auf, die eigentlich längst zurück in ihren Heimatländern sein müssten. Das Land lässt sich dabei viel zu oft von untergetauchten Personen auf der Nase herumtanzen: Auf jede tatsächlich vollzogene Abschiebung folgen inzwischen fast zwei gescheiterte. Wir haben es also mit einem offensichtlichen Vollzugs- und Anwendungsproblem des geltenden Rechts zu tun.

Eine Anfrage der AfD-Fraktion konnte zugleich aufdecken, dass sich allein in unserem Bundesland über 800 Personen aufhalten, die bereits einen Schutzstatus in Griechenland anerkannt bekamen. Gleichzeitig ignorieren unsere europäischen Partner die Zuständigkeiten im Dublin-Recht, wonach im vergangenen Jahr eigentlich in 1.344 Fällen Asylverfahren in anderen Ländern hätten stattfinden müssen. Bund- und Landesregierung haben die Kontrolle über das komplette Migrationsmanagement längst verloren.



ASYLCHAOS STOPPEN

- ▶ Kontrollverlust beenden
- ▶ Aufnahmestopp jetzt
- ▶ Hilfe vor Ort



UNSERE LÖSUNGEN

01 Veto-Recht der Kommunen ermöglichen

Die unmittelbare Lebensrealität der Menschen spielt sich in den Kommunen ab. Bürger, die arbeiten, ihre Kinder zur Schule schicken und ihr Umfeld gestalten, werden mit dem Politikversagen aus Schwerin und Berlin konfrontiert. Die Kommunen brauchen mehr Entscheidungskompetenz und Handlungsspielraum in der Migrationspolitik. Denn auch ihre infrastrukturellen Kapazitäten sind limitiert und vielfach schon ausgeschöpft.

Druck auf die Bundesregierung ausüben. 02

Mecklenburg-Vorpommerns Kommunen sind in der jetzigen Migrationskrise mit am härtesten getroffen. Derweil schafft die Bundesregierung weiterhin neue Migrationsanreize mit Deutschland als Zielland. MV muss hier eine Vorreiterrolle im Bundesrat und allen weiteren Länderberatungsgremien einnehmen und seine eigenen migrations- und sicherheitspolitischen Interessen für die Bürger unseres Landes endlich konsequent vertreten.

03 Landeseigene Ausreiseeinrichtung

Das Migrationsproblem würde sich deutlich entschärfen, wenn wir Abschiebungen schneller durchführen könnten und den konsequenten Vollzug der Rechtslage durchsetzen würden. Bisweilen scheint es aber vor allem am politischen Willen zu mangeln. Aus diesem Grund fordert die Alternative für Deutschland den Aufbau einer zentralen Ausreiseeinrichtung des Landes sowie einen Rückführungsbeauftragten der Landesregierung, der die notwendigen organisatorischen Prozesse der Abschiebungsverfahren und den Aufbau der Einrichtung koordiniert und überwacht.

EU-Initiative für Schutzzone in Afrika und im Nahen Osten 04

Migrationsanreize und Pull-Faktoren müssen abgestellt werden. Zugleich müssen wir zur Ursachenbekämpfung in den Herkunftsländern übergehen. Deutschland und Europa können nicht die gesamte Welt versorgen. Deshalb sollten Asylanträge nach Möglichkeit innerhalb international überwachter Schutzzone geprüft werden. Nur so können gefährliche Reisen nach Europa unterbunden und das kriminelle Menschenschleppergeschäft unterbunden werden.

WIR SIND FÜR SIE DA!



0385/5251700



info@afd-fraktion-mv.de



www.afd-fraktion-mv.de



Lennestraße 1, 19053 Schwerin



FRAKTION IM LANDTAG
MECKLENBURG-
VORPOMMERN